



ver.di
Erwerbslose



Koordinierungsstelle
gewerkschaftlicher
Arbeitslosengruppen



Arbeitslosen-
verband
Deutschland



IG Metall
Außerbetriebliche
Gewerkschaftsarbeit

Arbeitslos – nicht wehrlos

Aufstehen

am 3. April 2004!

Demonstrationen in Berlin, Köln und Stuttgart

Sozialabbau schafft keine Arbeit sondern Armut. Die Agenda 2010 ist Umverteilung von unten nach oben. Beschäftigte und Erwerbslose, Rentner und Kranke, Schüler und Studenten werden geschöpft. Arbeitgeber, Reiche und Vermögende profitieren.

Eine grundsätzlich andere Politik ist nötig - und möglich. Deshalb rufen wir auf, am 3. April 2004 für eine solidarische Gesellschaft zu demonstrieren.

Mehr und bessere Arbeit :

Arbeit für alle, von der man auch leben kann!

Einkommen zum Auskommen:

Für eine soziale Mindestsicherung, die auch Erwerbslose vor Armut schützt!

Arbeit und Reichtum *umfair*teilen :

Arbeitszeit verkürzen, Reiche stärker besteuern, öffentliche Investitionen erhöhen!
Rücknahme der Agenda 2010 und der Hartz-Gesetze!

Erkundigt euch in den örtlichen Gewerkschaftsbüros
oder bei www.dgb.de oder www.igmetall.de oder www.aktionstag.verdi.de
oder www.arbeitslosenverband.org oder www.erwerbslos.de

Agenda 2010 schafft Arbeit oder Schweine können fliegen oder Die Erde ist eine Scheibe

Über 7 Millionen Menschen suchen Arbeit. Auf eine gemeldete offene Stelle kommen 27 Arbeitssuchende. Doch die Politik senkt die Sozialleistungen von Arbeitslosen. Denen, die im Regen stehen, wird die Schuld für das miese Wetter in die Schuhe geschoben – und der schützende Regenmantel durchlöchert.

Von 10 E bis 12 E pro Tag sollen Langzeitarbeitslose künftig leben, wenn die Arbeitslosenhilfe abgeschafft und durch das „Arbeitslosengeld II“ (Alg II) ersetzt wird. Das Alg II liegt sogar noch unter der bisherigen Sozialhilfe! Millionen Erwerbslose werden in die Armut getrieben – und ihre Familien gleich mit. Gleichzeitig sinkt der Spitzensteuersatz für Reiche: Wer ein Einkommen von einer Million E im Jahr hat, der bekommt 100.000 E geschenkt.

Jeder dritte Langzeitarbeitslose bekommt künftig überhaupt kein Geld mehr vom Job-Center, obwohl er jahrelang Beiträge und Steuern gezahlt hat. Viele gelten nicht mehr als „bedürftig“: Etwa weil der Partner oder die Partnerin noch Einkommen hat oder weil sie zuviel gespart haben. Die verschärfte Anrechnung von Einkommen und Ersparnissen vernichtet Leistungsansprüche – insbesondere von Frauen.

2,2 Mio. Personen beziehen ab Januar 2005 Alg II und müssen dann zu jedem Preis jede legale Arbeit annehmen. Stundenlöhne von vier E brutto, 400-E-Jobs ohne soziale Absicherung sowie Pflichtarbeit für 1,50 E gelten als zumutbar. Dadurch geraten auch die Einkommen der Erwerbstätigen unter Druck. Jederzeit können sie durch noch billigere Erwerbslose ersetzt werden. Lohndumping wird aktiv befördert – zur Freude der Arbeitgeber.

Wir finden, es reicht! Wir sehen nicht ein, dass es uns immer schlechter gehen soll, während der erwirtschaftete Reichtum Jahr für Jahr wächst. Wir wollen nicht länger hinnehmen, dass der Mensch zur Nebensache wird und hohe Renditen für Wenige zur Hauptsache. Sozialabbau ist kein Sachzwang, sondern wird von Menschen gemacht. Eine andere Politik ist möglich!

Unsere Alternativen: **Mehr Arbeitsplätze** **und mehr Lebensqualität**

Es stimmt nicht, dass wir uns den Sozialstaat nicht mehr leisten können. Eine armutsfeste, soziale Mindestsicherung für Erwerbslose ist nötig – und auch möglich. Geld ist genug da, es ist nur in den falschen Händen. Deshalb fordern wir, große Vermögen und hohe Einkommen zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben stärker heranzuziehen.

Eigentlich könnten alle früher Feierabend machen: Die steigende Arbeitsproduktivität macht es möglich, dass in immer weniger Arbeitsstunden immer mehr Güter und Dienstleistungen geschaffen werden. Doch bisher vereinnahmen vor allem die Arbeitgeber und Aktionäre den Produktivitätsfortschritt und steigern ihre Gewinne. Statt „Feierabend total“ für Erwerbslose fordern wir Arbeitszeitverkürzung für die Beschäftigten und eine Umverteilung der Erwerbsarbeit auf mehr Köpfe.

Marode Abwasserkanäle, heruntergekommene Schulgebäude, geschlossene Büchereien oder fehlende Beratungsstellen – sinnvolle Arbeit gibt es genug. Deshalb fordern wir ein öffentliches Investitionsprogramm, das insbesondere den Kommunen zu Gute kommt. Das schafft Arbeitsplätze und steigert die Lebensqualität vor allem derer, die auf öffentliche Angebote angewiesen sind.